

„Es stinkt zum Himmel“

Hilde Jäger aus Weyhe fordert einen Friedensvertrag für Deutschland:

Die Bundesrepublik braucht keinen geheimen Freihandelsvertrag, sondern einen Friedensvertrag, damit aus dem Provisorium Bundesrepublik, welchem nur Pflichten auferlegt wurden, ein souveräner Staat mit allen Rechten und Pflichten entsteht und Politik wieder in Deutschland entschieden werden kann. Dafür bedarf es allerdings Politiker, die dies überhaupt wollen und einfordern. Nach dem Völkerrecht hat jede Nation nach 100 Jahren Anspruch auf einen Friedensvertrag. Seit dem Ersten Weltkrieg verweigern die Alliierten den Deutschen einen Friedensvertrag. Die Bundesrepublik befindet sich noch immer in einem Waffenstillstandsmodus, der von den Siegermächten jederzeit für beendet erklärt werden könnte. Wir leben all die Jahre in besetztem, fremdbestimmtem Land. Wenn es bei TTIP lediglich um freien Handel geht, warum dann geheime Verhandlungen, geheime Schiedsgerichte, Investorenschutz etc.? Was vor dem Volk geheim gehalten werden muss, bis alles abgesegnet und unterschrieben, also unumkehrbar ist, stinkt zum Himmel. Dass die Verhandlungen trotz höchster Geheimhaltungsstufe bekannt geworden sind, ist einem „Betriebsunfall“ zu verdanken. Da hat wohl dem einen oder anderen sein schlechtes Gewissen geplagt. Freier Handel braucht das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen.

Leserbriefe geben die Meinung ihrer Verfasser wieder. Kürzungen vorbehalten.

Die linken Zeilen sind als Leserbrief im Kreiszeitung Diepholz am Samstag, 20.06.15 erschienen.

Das ist meines Erachtens nur ein kleiner Teil der zum Himmel stinkenden Angelegenheiten in Deutschland.

Glückwunsch an Frau Jäger, die dieses niedergeschrieben hat und auch Dank an die Presse für die Veröffentlichung, denn dieses ist nicht immer so. Schade!

Die Wahrheiten von der Politik sind genauso sparsam wie die Griechen, die von der EU –besonders von Deutschland– dazu gezwungen werden. Man kann nicht unsere Wirtschaft und das der EU-Länder auf Griechenland übertragen. Gewiss, es liegt dort sehr viel im Argen! Eine Troika kann es nicht ändern und der Wille eines Volkes muss dazu auch geboren sein, sonst geht es eh nicht. Dieses ist bei den Griechen nicht so, denn es herrscht dort eine ganz andere Vergangenheit als bei uns. Eine Aufnahme in die EU hätte gar nicht passieren dürfen!

Dazu meine Frage: Wer hat eigentlich eine Bonitätsprüfung, die bei jedem Bürger bei Antragstellung eines Kredites oder Darlehens gemacht wird, durchgeführt?

KEINE Regierung will das momentan mehr wissen und WIR sollen von unseren Steuergeldern jetzt die Zeche zahlen?

Eine Unverschämtheit ist das m.E.

Dieses nur zur Sache mit Griechenland und der EU.

Die Sozialsysteme stimmen in Deutschland nicht mehr!

Die Zahlungen an Pensionen werden in den nächsten Jahren eine Höhe annehmen, die kaum noch zu bezahlen sind und dabei werden die Schulden des Staates immer mehr. Die NULL ist nur eine Zahl von Schäuble, damit der Bürger Ruhe findet!

Wer zahlt dort eigentlich noch seine Beiträge ein, das muss man sich auch mal fragen?

Gerecht wäre: Jeder Bürger, der eine Zahlung erhält – gleich welcher Art das ist und woher es kommt- muss einen Beitrag in das System einzahlen, damit er später kein „Sozialfall“ wird.

Die Krankenkassen „verwalten“ sich kaputt und somit entstehen immer und immer wieder Änderungen/Kürzungen für den Bürger. Jedes Bundesland EINE gesetzliche Krankenkasse würde reichen und dazu noch die Privatversicherungen, wo sich jeder seinen Zusatz versichert.

Änderungen der Bundesländer für den Finanzausgleich und für diverse Gesetzesländer. Besonders für das Bildungswesen, das unsere Zukunft sein sollte. Das ist die Zukunft unserer Kinder!

Leider wird es kaum möglich sein, aber die Bundesländer kann man, wenn es dann gewollt ist, auf eine Anzahl von acht oder maximal 10 Länder kürzen. Dieses ist längst fällig!

Wer jetzt bei uns alternativlos regiert, könnte dieses auch als alternativlos hinstellen und anordnen!

Es sind nur einige Beispiele hier genannt. Man könnte es seitenweise füllen, um die Bürokratisierung in Deutschland zu verringern. Man will es immer, man macht es nur nicht!

Ein Bundespräsident hat mal einen „Ruck durch Deutschland“ gefordert. Horst Köhler ist am 31. Mai 2010 nach sechs Jahren Amtszeit zurückgetreten, weil er das Dilemma mit der Regierung nicht mehr akzeptierte. ER stand zu seiner Entscheidung und das sollten die Politiker als Vorbild nehmen.

Geschrieben von www.dietrichschumacher.de, 21.06.2015